Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 | 56402 Montabaur
-Gegen Empfangsbekanntnis-

**Verbandsgemeindewerke Katzenelnbogen
Burgstrasse 1**

56368 Katzenelnbogen

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ**

Kirchstraße 45
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 152-100
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

10.05.2017

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechp
GE 288 Rü/Mef	04.08.2016	Beate Ruffe
Bitte immer angeben!	815-00	Beate.Rueff

Vollzug der Wassergesetze;

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Grundwasserentnahme aus dem Brunnen „Wässerntal/Sanatorium“, WFG-Nr.: 3

Lage: Gemarkung Katzenelnbogen, Flur 10, Flurstück 18/2

I. ERLAUBNISBESCHEID

1.

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Katzenelnbogen wird hiermit gemäß §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG-), sowie den § 14, § 19 und § 92 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) die

wasserrechtliche Erlaubnis

erteilt,

zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung des Versorgungsgebietes

„Katzenelnbogen“

1/10

Kernarbeitszeiten

09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung

ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 460, 462, 480, 481
Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

Parkmöglichkeiten

hinter dem Dienstgebäude
(bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße,
Parkplatz „Kalbswiese“ an der Fröschpfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der SGD Nord. Unter www.sgd nord.rlp.de erhalten Sie Hinweise zu deren Nutzung.

entsprechend den vorliegenden Planunterlagen

**aus dem Brunnen „Wässertal / Sanatorium“
in der Gemarkung Katzenelnbogen, Flur 10, Flurstück 18/2**

Grundwasser zu Tage zu fördern und zu verbrauchen.

Die zulässige Höchstentnahmemengen betragen:

**11 m³/h
220 m³/d
80.000 m³/a**

2. Antrags- und Planunterlagen:

Der Erlaubnis liegen die vom Ing.-Büro Dankof, 65582 Diez, erstellten Unterlagen und Pläne vom 21.05.2002, sowie aktuelle Wasseranalysen zu Grunde.
Diese sind Bestandteil des Bescheides.

3. Befristung:

Diese Erlaubnis ist befristet bis zum **31.05.2037**.

4. Auflagen und Bedingungen:

- 4.1 Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der Trinkwasserverordnung in der Fassung vom 03.05.2011 (BGBl. I S. 2091), genügt.

- 4.2 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlage sind rechtzeitig zuvor bei der zuständigen Wasserbehörde zu beantragen.
- 4.3 Der Wasserzähler ist wöchentlich abzulesen; die Ablesungen, ebenso außergewöhnliche Vorkommnisse und Betriebszustände, sind in einem Betriebsbuch aufzuzeichnen, in das bei behördlichen Kontrollen Einblick zu gewähren ist.
- 4.4 Auf die formelle Überwachung und Abnahme der bereits bestehenden Anlage wird gemäß § 95 LWG verzichtet.
- 4.5 Die Übertragung der Erlaubnis in Abweichung der Vorschrift des § 8 Abs. 4 WHG bedarf der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kirchstrasse, 56410 Montabaur.

5. Auflagenvorbehalt:

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

6. Allgemeine Hinweise:

Es ist zu beachten, dass

- 6.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 6.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 Abs. 1, 18 und 101 WHG steht,
- 6.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 6.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die der Ausübung des Wasserrechtes dient, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, zulässig ist.
- 6.5 die Erlaubnis gemäß § 18 Abs. 1 WHG widerruflich ist,
- 6.6 eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§§ 13 WHG) gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit gilt und mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG) kann,
- 6.7 gemäß § 14 Abs. 3 LWG die Benutzung nach Ablauf der Frist im Rahmen der Erlaubnis bis zur Entscheidung über den Antrag auf Neuerteilung fortgesetzt werden darf, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit entgegenstehen. Der Antrag auf Neuerteilung der Erlaubnis ist spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

7. Kostenentscheidung:

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

8. Kostenfestsetzung:

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

846,45 €

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren: 820,56 €

Auslagen: 25,89 €

(einschließlich der Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 € bis 5.315,00 €) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 524 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das folgende Konto der

Bundesbank Koblenz

BIC: MARKDEF1570

IBAN: DE10 5700 0000 0057 0015 06

unter Angabe des Kassenzzeichens: **2001.33.17.1.90.1480.111.11** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

9. Begründung:

Der Brunnen „Wäserntal/Sanatorium“ versorgt zusammen mit verschiedenen anderen Gewinnungsanlagen das Versorgungsgebiet „Katzenelnbogen“ mit Trinkwasser.

Über dolomitisches Material findet eine Enteisung und Entmanganung des Rohwassers statt. Anschließend wird durch Belüftung entsäuert; eine Desinfektion erfolgt nicht.

Zum Schutz des Grundwassers für den Brunnen „Wäserntal/Sanatorium“ wurde am 10.12.2014 ein gemeinsames Wasserschutzgebiet mit dem Brunnen „Rödelsberg“ abgegrenzt; eine Festsetzung erfolgte bislang noch nicht.

Der Brunnen wurde während der letzten Jahre regelmäßig auf mikrobiologische Parameter, sowie auf AOX und BTEX untersucht. Da die Ergebnisse immer unauffällig waren und auch das hydrogeologische Gutachten keine Gefährdung durch die im Schutzgebiet befindlichen Altlasten erkennen lässt, kann auf eine weitere Beprobung verzichtet werden.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Maßnahme zugestimmt.

Eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPG i. V. m. Ziff. 13.3.3 Anl. 1 UVPG ist nicht erforderlich, da durch die Gewässerbenutzung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme nicht zu erwarten sind.

Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als obere Wasserbehörde für die Erteilung der Erlaubnis für die Benutzung des Grundwassers ergibt sich aus §§ 19 Abs. 1 Ziff. 1. c) aa), 92 Abs. 2 und 96 Abs. 1 LWG.

Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt und eine Verschlechterung des Grundwasserkörper gem. § 47 Abs. 1 Nr. 1 WHG ausgeschlossen ist. Zudem wird durch die Grundwasserentnahme die Neubildung auf Dauer nicht überschritten (§ 12 Abs. 1 WHG, § 13 Abs. 2 LWG).

Eine bis zum **31.05.2037 befristete Erlaubnis** konnte somit erteilt werden.

10. Wasserbuch:

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord einzulegen.

Der Widerspruch kann

1. schriftlich oder zur Niederschrift bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Kirchstraße 45
56410 Montabaur
oder Postfach 1227, 56402 Montabaur

2. durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur nach dem Signaturgesetz an:

SGDNord@Poststelle.rlp.de

erhoben werden.

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Nord unter <http://www.sgd nord.rlp.de/service/elektronische-Kommunikation> aufgeführt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Ines Otte)

Rechtsgrundlagen

Stand: Januar 2017

- **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585); geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.04.2016 (BGBl. I S. 745); zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 31.05.2016 (BGBl. I S.1219);
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz - LWG**) vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127); zuletzt geändert durch § 28 des Gesetzes vom 27.11.2015 (GVBl. S. 383)
- Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (Oberflächengewässerverordnung-OGewV) vom 20.07.2011 (BGBl. I S. 1429);
- Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I. S. 94), geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I Seite 1474); zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 25.11.2015 (BGBl. I. S. 2055)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)** vom 18.09.1995 (GVBl. S. 671);
- Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**LUVPG**) vom 22.12.2015 (GVBl. S 516)
- **Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)** vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.11.2015 (BGBl. I S 2010);
- Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (**Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG**) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch § 48 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 487);
- **Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)** vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21.12.2015 (BGBl. I S. 2490);
- **Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO)** vom 05.12.1977 (GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.08.2014 (GVBl. S. 187);
- **Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)** in der Fassung vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19.12.2014 (GVBl. S. 332);
- **Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.08.2013, BGBl. I S. 2977, die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. S. 3154) geändert wurde; zuletzt geändert am 18.11.2015 (BGBl. I. S. 2076)
- **Infektionsschutzgesetz (IfSG)** zuletzt geändert durch Artikel 70 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I. S. 1474);
- **Landesnaturenschutzgesetz (LNatSchG)** vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387 vom 12.10.2005), geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert am 21.12.2016 (GVBl. S. 584);
- **Bundesnaturenschutzgesetz (BNatSchG)** vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), geändert durch Artikel 4 Abs. 100 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I Seite 3154);
- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722);
- **Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO)** vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77);
- **Abwasserverordnung (AbwV)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I S. 1108, 2625), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 02. September 2014 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist;
- Landesverordnung über die **Selbstüberwachung von Abwasserbehandlungsanlagen (SÜVOA)** vom 27.08.1999 (GVBl. S. 211), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127);
- Landesverordnung über die Beseitigung von kommunalem Abwasser (**KomAbwVO**) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 441 ff), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 16.06.1999 (GVBl. S. 132 ff);
- Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (**Abwasserabgabengesetz – AbwAG**) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114); zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 02.09.2014 (BGBl. I S. 1474)
- Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes AbwAG (**Landesabwasserabgabengesetz – LabwAG**) vom 22.12.1980 (GVBl. S. 258), geändert durch § 125 des Gesetzes vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127) zuletzt geändert am 01.01.2016 (GVBl. S. 518);
- **Abgabenordnung (AO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die
- zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist
- **Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG)** vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578); zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.10.2009 (GVBl. S. 364);
- Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (**Besonderes Gebührenverzeichnis**) vom 20.04.2006 (GVBl. S. 165), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 08.12.2015 (GVBl. S. 439)
- Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (**Allgemeines Gebührenverzeichnis**) vom 08.11.2007 (GVBl. S.277);
- Richtlinie 2006/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.02.2006 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft;
- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers (**Grundwasserverordnung - GrWV**) vom 09.11.2010 (BGBl. I. S. 1513);
- **Süßwasserqualitätsverordnung (SüWaQuaV)** vom 20.09.1997 (GVBl. Seite 244);

- Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18.07.1978 über die Qualität von Süßwasser, das schmutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (78/659/EWG)
- Gewässerprogramm- und Qualitätsziel- Verordnung vom 13.02.2001 (GVBl. S. 78), zuletzt geändert am 06.10.2004 (GVBl. S. 465);
- Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (**Anlagenverordnung – VawS**) vom 01.02.1996 (GVBl. S. 121 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127);
- Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (**Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG**) vom 07.08.1996 (BGBl.S.1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
- Verordnung über Arbeitsstätten (**Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV**) vom 12.08.2004 (BGBl. I S. 2179), geändert durch Artikel 282 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.11.2016 (BGBl. S. 2681);
- Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (**Baustellenverordnung – BaustellV**) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283 ff), zuletzt geändert durch Artikel 15 der Verordnung vom 11.03.2005 (BGBl. I S. 88);
- Landesverordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten durch Nachweise nach der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (**Wasserbauprüfverordnung – WasBauPrVRP**) vom 20.03.1998 (GVBl. S. 120)
- **Landesumweltinformationsgesetz (LUIG)** vom 19.10.2005 (GVBl. 2005, S. 484)
- **Landesstraßengesetz (LStrG)** in der Fassung vom 01.08.1977, zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283)
- **Bundesfernstraßengesetz (FStrG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
- **Landesfischereigesetz (LFischG)** vom 09.12.1974 (GVBl S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. 127)
- **JGSF-Verordnung** vom 01.04.1999 (GVBl. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127)